



## Unsere politischen Forderungen zum Christopher Street Day 2021

Bereits das zweite Jahr in Folge findet der CSD aufgrund der geltenden Corona-Auflagen in Minimalform statt. Auch wenn die CSD München GmbH darum bemüht ist, das Beste aus der Situation zu machen, geht uns als queere Jugend damit ein gewaltiges Sprachrohr verloren. Nach wie vor ist die Lobby der queeren Jugend vergleichsweise klein und so gehen unsere Stimmen leider oft unter. Um dem entgegenzuwirken, haben wir in diesem Jahr in einem partizipativen Prozess bei unseren Gruppenangeboten, über Social Media und in Zusammenarbeit mit unseren Ehrenamtlichen die Themen und Belange zusammengetragen, welche die Münchener und die bayerische LGBTIAQ\*-Jugend derzeit bewegen und verleihen ihnen hier nun Gehör:

Einer der Themenkomplexe der unsere jugendlichen am meisten beschäftigt ist der Umgang mit LGBTIAQ\* in der Schule. So besteht zu der Vermittlung der zentralen Themen Geschlechtsidentität und Sexualität noch ein enormer Aufholbedarf und so fordern wir verpflichtende Fortbildungen zum Thema LGBTIAQ\* für Lehrkräfte und Erzieher\*innen sowie qualifizierte LGBTIAQ\*-Beauftragte an Schulen. Um auch im schulischen Kontext queere Lebenswelten zu normalisieren, ist es notwendig, dass Lehrer\*innen in ihren Unterrichtseinheiten alltägliche Beispiele für LGBTIAQ\*-Themen verwenden. Nur so schaffen wir in der Schule eine Atmosphäre, in welcher wir uns angenommen fühlen können. Dabei muss weiter darauf geachtet werden, dass die noch immer alltägliche Diskriminierung unserer Community an Schulen tatsächlich ein Ende nimmt, indem Lehrer\*innen, Schulleitungen und die Regierung aktiv dagegen vorgehen und eine LGBTIAQ\*-spezifische Antidiskriminierungsstelle für Schulen beim Referat für Bildung und Sport geschaffen wird.

Obwohl queere Belange immer mehr mitgedacht werden, dürfen nicht vereinzelte Schulen zu Inseln in einem Meer aus Unwissenheit werden. Es ist unumgänglich, dass alle öffentlichen Gebäude mit geschlechtergerechten Toiletten ausgestattet werden, um auch trans\*, inter\* und nicht-binären Personen gleichzustellen. Weiterhin ist es notwendig, im gesamten öffentlichen Raum endlich geschlechtergerechte und inklusive Sprache zu verwenden, um auch so die Vielfalt der Menschen und unserer Community abzubilden. Denn wir fordern nicht nur Toleranz, sondern das aktive Mitdenken von queeren Lebensweisen, damit auch wir als vollwertiger und gleichgestellter Teil der Gesellschaft leben können.

Die Gleichstellung unserer Community braucht jedoch auch die explizite Unterstützung unserer Regierung, denn solange kein Landesaktionsplan gegen Queerfeindlichkeit existiert, bleiben wir auf uns selbst gestellt und ungeschützt vor Beschimpfungen sowie Gewalt. Ein solcher Landesaktionsplan muss zwingend ein Kommissariat für Straftaten mit LGBTIAQ\*-Bezug enthalten, damit die Trennung zwischen Polizei und unserer Community verringert und endlich konsequent gegen Hasskriminalität vorgegangen werden kann. Viel grundlegender ist hierfür aber auch die Änderung des Grundgesetzes nötig, um sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität endlich unter Schutz zu stellen. Daraus folgt, dass queere Geflüchtete geschützt werden, wenn LGBTIAQ\*-Lebensweisen in ihrem Herkunftsland verboten sind - ganz egal, ob die einzelne Person akut strafverfolgt wird oder nicht!

Bis jetzt herrscht bei viele Mitarbeiter\*innen des öffentlichen Bereichs noch viel Unwissenheit über unsere Community und so fordern wir für diesen Bereich verpflichtende Schulungen, insb. für die Polizei, Richter\*innen und die öffentliche Verwaltung. In gleicher Weise müssen unsere Belange auch für Mediziner\*innen bereits als verpflichtendes Querschnittsthema im Studium vermittelt werden, damit die Behandlungen korrekt und der Umgang mit uns respektvoll verlaufen kann. Besonders in medizinischen und psychiatrischen Einrichtungen muss die Geschlechtsidentität von trans\* und nicht-binären Personen respektiert werden, um diese zumeist kritische Zeit für unsere Community nicht noch unnötig zu erschweren. Wir fordern auch Ärzte dazu auf, "geschlechtszuweisende" medizinische Maßnahmen bei inter\* Kindern

zu unterlassen, insb. fordern wir die konsequente Verfolgung von Ärzt\*innen, die sich nicht an bereits bestehende Verbote halten. Stattdessen muss sich die Kostenübernahme von Maßnahmen zur Angleichung an die eigene Geschlechtsidentität durch Krankenkassen am aktuellen Stand der Wissenschaft und den Regelungen der S3-Leitlinien orientieren auch für inter\* und nicht-binäre Personen zugänglich sein. Wichtig sind dabei individuelle Transitionswege, ohne erzwungene Reihenfolge oder psychotherapeutische Therapie. Es muss möglich sein, den eigenen Vornamen und Geschlechtseintrag selbstbestimmt, ohne Hürden, Gutachten oder biologische Nachweise ändern zu können, verbunden mit der Abschaffung des Transsexuellengesetzes und einer Anpassung des Personenstandsgesetzes. Das Offenbarungsverbot muss dabei jedoch dringend aufrechterhalten bleiben.

Um die körperliche Gesundheit der Community möglichst LGBTIAQ\*-sensibel zu gestalten, sollten Arztpraxen, spezielle Sprechzeiten schaffen, zu denen ein Schutzraum geboten und das Angebot auf die Bedürfnisse queerer Patient\*innen ausgerichtet ist. Um solche Angebote zu koordinieren und stetig zu erweitern, muss eine bei der Stadt angesiedelte Fachstelle eingerichtet werden. In Zuge dessen sollte auch endlich das faktische Blutspendeverbot für große Teile unserer Community beendet werden.

Doch wir wollen uns auch an die Presse wenden: Die noch immer vorherrschende Trans\*- und Nicht-binär-Feindlichkeit in der Berichterstattung muss ein Ende nehmen! Die Gier nach Schlagzeilen und Aufmerksamkeit darf nicht auf Kosten unserer Community gehen. Deswegen ist es dringend notwendig, dass sich auch Journalist\*innen über Themen informieren und sensibel mit uns umgehen. Queere Sichtbarkeit in den Medien ist wichtig, darf aber keinesfalls zur Exotisierung unserer Lebensweisen führen! Auch vom Münchner Verkehrsverbund fordern wir Unterstützung in Form einer Antidiskriminierungskampagne an Haltestellen und in den Verkehrsmitteln, denn in diesen engen und abgeschlossenen Räumen sind Minderheiten oftmals besonders bedroht.

Doch auch die Stadt München muss endlich stärker für uns eintreten und so fordern wir, betreute Wohnformen und Unterkünfte sowie Schutzstellen LGBTIAQ\*-sensibel zu gestalten. Unsere Community hat es auf dem Wohnungsmarkt oft besonders schwer - Diskriminierung ist hier noch immer an der Tagesordnung - und so ist spezielles LGBTIAQ\*-Wohnen für Jugendliche und junge Erwachsene in München notwendig. Darüber hinaus muss die Stadt ein Maßnahmenprogramm entwickeln, welches die Folgen der Corona-Krise für gemeinnützige queere Organisationen abwendet. Mittlerweile bröckelt selbst der erweiterte Schutzraum, welcher im Glockenbachviertel durch die vielen Community-Einrichtungen lange gegeben war, da die Gentrifizierung immer weiter zunimmt, daher muss etwas getan werden, um diesen Raum für unsere Sicherheit und zur Erhaltung unserer Geschichte(n) in München zu bewahren!

Doch auch die queere Gesellschaft in München muss endlich aufwachen und intersektionale Überschneidungen mit Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, migrantische Biografien, soziale Herkunft, Religion, Fluchterfahrung, Rosa im Alter, körperliche und geistige Behinderungen mitdenken! Dabei sind es nicht nur diese Querschnittsthemen, welche oft unter den Tisch fallen, auch für queere Identitäten, die über LGBT\* hinausgehen, müssen mehr Angebote geschaffen werden, um ihnen ebenfalls Akzeptanz und Sichtbarkeit zu ermöglichen.

Auch im Jahr 2021 besteht noch viel Aufholbedarf, daher darf kein Teil der Gesellschaft aufhören, weiter für unsere Rechte einzutreten. Ganz egal, ob Du Teil der Community, Ally, Politiker\*in, Journalist\*in, Ärzt\*in bist oder einfach hier lebst - Du kannst dazu beitragen, dass unsere LGBTIAQ\*-Community endlich in der Gesellschaft gleichgestellt wird. Nicht nur während der Pride Week, sondern das ganze Jahr lang! Frohen CSD - Keep Fighting!